

# **Erstes Manifest gegen den Vertrag von Maastricht**

Initiatoren: Renate Ohr und Wolf Schäfer.

Von 62 Professoren unterzeichnet

Erschienen in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. Juni 1992<sup>1</sup>

## **„Die währungspolitischen Beschlüsse von Maastricht: Eine Gefahr für Europa“**

1. Eine Wirtschafts- und Währungsunion kann als erstrebenswertes Ziel des europäischen Integrationsprozesses angesehen werden. Die Beschlüsse von Maastricht sind allerdings in entscheidenden Punkten ungeeignet, dieses Ziel angemessen zu verwirklichen.
2. Eine funktionsfähige Wirtschafts- und Währungsunion erfordert als Vorbedingung eine dauerhafte – über mehrere Jahre hinweg nachgewiesene – Angleichung der relevanten Wirtschaftsstrukturen der Mitgliedsländer. Eine einmalige – stichtagsbezogene – und damit mehr oder weniger zufällige Erfüllung einzelner Kriterien ist kein Nachweis der erforderlichen Konvergenz.
3. Die in Maastricht festgelegten Konvergenzkriterien sind zu weich. So ist unter anderem nicht irgendeine relative, sondern allein eine in absoluten Werten definierte Preisniveaustabilität als ökonomische Vorbedingung für den Eintritt in die Wirtschafts- und Währungsunion zu fordern.
4. Der endgültig fixierte Termin für die Realisierung der Währungsunion (1. Januar 1999) wird eine politische Eigengesetzlichkeit gegenüber den vereinbarten Konvergenzkriterien nach sich ziehen: Ist der Zeitpunkt erreicht, besteht die Gefahr, dass insbesondere das Inflationskriterium und das Defizitkriterium einer ‚tragbaren Finanzlage der öffentlichen Hand‘ politisch verwässert werden, um Diskriminierungen einzelner Länder zu vermeiden.
5. Die europäische Zentralbank wird – trotz weitgehender Unabhängigkeit – Preisstabilität in Europa nicht durchsetzen, weil es für sie aufgrund unterschiedlicher Interessen der nationalen Entscheidungsträger keinen genügend starken Anreiz gibt, dies zu wollen. Die persönliche Unabhängigkeit der Gouverneure ist nicht gesichert, und Sanktionen bei Verletzung des Stabilitätsziels fehlen.
6. Als Voraussetzung für eine erfolgreiche Politik der Preisstabilität müsste die Europäische Zentralbank auch die Wechselkurskompetenz gegenüber Drittländerswährungen besitzen. Da diese Kompetenzübertragung nicht vorgesehen ist, besteht die Gefahr, dass über politische Einflussnahme auf die Wechselkurse die Geldpolitik stabilitätswidrig konterkariert wird. Dies gilt gleichermaßen für die Tatsache, dass Kapitalverkehrskontrollen gegenüber Drittländern immer noch möglich sind.
7. Einen Konsens, Preisstabilität als Priorität zu betrachten, wie er traditionell in Deutschland vorliegt, gibt es in Gesamteuropa bisher noch nicht. Nur mit einem solchen Konsens, den Notenbank, Regierung und Bevölkerung gemeinsam tragen, kann jedoch eine konsequente Stabilitätspolitik verfolgt werden, da diese unter anderem der Unterstützung der Lohnpolitik und der Finanzpolitik des Staates bedarf.

8. Die ökonomisch schwächeren europäischen Partnerländer werden bei einer gemeinsamen Währung einem verstärkten Konkurrenzdruck ausgesetzt, wodurch sie aufgrund ihrer geringeren Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit wachsende Arbeitslosigkeit erfahren werden. Hohe Transferzahlungen im Sinne eines „Finanzausgleichs“ werden damit notwendig. Da bisher noch keine Vereinbarungen über die Struktur einer politischen Union existieren, fehlt hierfür jedoch ein demokratisch hinreichend legitimierte Regelungssystem.
9. Zur Zeit gibt es daher kein ökonomisch zwingendes Argument dafür, von oben eine monetäre Einheit auf ein wirtschaftlich, sozial und interessenpolitisch noch uneiniges Europa zu stützen. Die Verwirklichung des EG-Binnenmarktes benötigt oder erzwingt keineswegs eine gemeinsame europäische Währung.
10. Die überhastete Einführung einer Europäischen Währungsunion wird Westeuropa starken ökonomischen Spannungen aussetzen, die in absehbarer Zeit zu einer politischen Zerreißprobe führen können und damit das Integrationsziel gefährden.
11. Die Beschlüsse von Maastricht, nicht die Kritik an ihnen, gefährden ein konfliktarmes Zusammenwachsen in Europa.

## **The monetary resolutions of „ Maastricht“: A danger for Europe**

Initiated by Prof. Renate Ohr and Prof. Wolf Schäfer

Signed by 60 professors of economics.

Published in The Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) and in Zeit: June, 11<sup>th</sup>, 1992

1. An economic and monetary union can be seen as a desirable goal in the process of European integration. In key areas, however, the Maastricht agreements do not suffice to achieve this goal adequately.
2. A functioning economic and monetary union requires as a prerequisite the sustained convergence, demonstrated over several years, of the relevant economic structures of the member states. A one-time, more or less incidental fulfilment of individual criteria on a particular date does not constitute evidence of the necessary convergence.
3. The convergence criteria laid down in Maastricht are too soft. Thus, among other things, one should demand as an economic prerequisite for joining the economic and monetary union not just some relative degree of price level stability, but price stability defined in absolute terms.
4. The finale deadline for the achievement of the monetary union (January 1, 1999) will subject the convergence criteria to political pressures within the system. Once the date is reached, there is a danger that especially the inflation criterion and the deficit criterion with regard to “sound public finance” will be watered down politically to avoid discriminating against individual countries.
5. Despite extensive autonomy, the European Central Bank will not achieve price stability in Europe, because, given the different interests of the national decision makers, the ECB lacks sufficient incentive to want stability. The governor’s personal autonomy is not guaranteed and there are no sanctions for those who violate the goal of stability.
6. As a prerequisite for a successful policy of price stability, the European Central Bank should also have competence in setting exchange rates with third currencies. As it is not proposed to transfer this competence to the ECB, there is a danger that its monetary policy will be undermined by political influence on exchange rates in a way that is inconsistent with stability. This holds likewise for the fact that capital controls to third countries are still possible.
7. A consensus still does not exist in Europe as a whole, as it traditionally exists in Germany, that price stability should be considered a priority. But a sustained policy of stability can only be pursued if the central bank, government and people together share such a consensus, because the success of the policy requires, among other things, support from fiscal policy as well as from wage policy at national level.
8. The economically weaker European partner states will face increased competitive pressure under a common currency, and, as a result, they will experience growing unemployment due to lower productivity and competitiveness. This will make high transfer payments in the name of “financial compensation” necessary. As so far no agreements exist concerning the structure of a political union, a system with sufficient democratic legitimacy to regulate this process is lacking.

9. Consequently, there is at present no compelling argument for imposing a monetary union from above on a Europe that is not yet united economically, socially and politically. The achievement of the internal market does not in any way require or call for a common European currency.

10. The overhasty introduction of European monetary union will subject Western Europe to strong economic tensions, which could lead to a political struggle in the foreseeable future and thus endanger the goal of integration.

11. The Maastricht agreements, and not their critics, endanger Europe's chances of growing together on a peaceful way.

## **Zweites Manifest der Euroskeptiker**

Initiatoren: Wim Kösters, Manfred M. Neumann, Renate Ohr, Roland Vaubel.

Es unterzeichneten mehr als 160 Professoren.

Erschienen in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. Februar 1998.

### **Der Euro kommt zu früh**

1. Zur europäischen Integration gibt es keine Alternative. Die gemeinsame Währung wird dazugehören – jedenfalls für Kerneuropa. Aber der Euro kommt zu früh.
2. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte hat Fortschritte gemacht. Jedoch ist sie nicht weit genug vorangetrieben worden, vor allem nicht in den großen Ländern wie Italien, Frankreich, aber auch Deutschland. Der Konsolidierungsprozess wurde zu spät und nur halbherzig begonnen. Trotz eines ungewöhnlich niedrigen Zinsniveaus und damit günstiger Zinsaufwendungen für die öffentlichen Haushalte und trotz zahlreicher Beispiele kreativer Buchführung ist es gerade den Kernländern nicht gelungen, die vereinbarte Defizitgrenze deutlich und nachhaltig zu unterschreiten. Auch ist die durchschnittliche Schuldenquote in der Europäischen Union seit 1991 nicht gesunken, sondern um 15 Prozentpunkte gestiegen. Sie liegt heute weit über dem Maastricht-Limit. Das widerspricht dem Geist des Vertrages.
3. Der Vertrag verlangt zu Recht Nachhaltigkeit der Konvergenz. Dafür wurde zwar der sogenannte „Stabilitätspakt“ erfunden. Er kann jedoch dauerhafte Haushaltsdisziplin nicht gewährleisten. Seine Sanktionsdrohung ist allenfalls glaubwürdig, wenn nur ein einzelnes Land oder sehr wenige Länder betroffen sind. Da Sanktionen nicht automatisch eintreten, dürfte es aber kaum eine qualifizierte Mehrheit für die Anwendung des Paktes geben, wenn eine größere Zahl von Ländern gleichzeitig die Defizitgrenze verletzt. Die Stabilität des Euro kann der Pakt daher nicht sichern.
4. Seit dem Maastricht-Jahr 1991 haben sich zudem die strukturellen Probleme in Europa verschärft. Die Arbeitslosigkeit ist weiter gestiegen. Gerade auch Deutschland und Frankreich – die Motoren der europäischen Integration – sind nicht gut gerüstet für den verstärkten Strukturwandel und den härteren Wettbewerb in der Währungsunion. Der Euro löst das europäische Beschäftigungsproblem nicht. Da der Wechselkurs in einer Währungsunion nicht mehr als Anpassungsinstrument zur Verfügung steht, müssen die Arbeitsmärkte erheblich flexibler werden – in Deutschland, aber auch anderswo. Hier fehlt jedoch die klare Trendwende. Wenn es nicht vor Beginn der Währungsunion dazu kommt, muss mit wirkungslosen Experimenten der Nachfragestimulierung und vor allem auch mit politischem Druck auf die Europäische Zentralbank gerechnet werden.
5. Die derzeitige wirtschaftliche Ausgangssituation ist daher denkbar ungeeignet für den Start der Währungsunion. Eine geregelte Verschiebung um einige Jahre – mit gemeinschaftlich vereinbarten Auflagen über zu erreichende weitere Konsolidierungsfortschritte – muss ernsthaft als politische Option in Betracht gezogen werden. Sie wäre keine politische Katastrophe und könnte von niemandem als Signal eines Ausstiegs aus dem Integrationsprozess gedeutet werden. Der dauerhafte Erfolg des Euro ist wichtiger als der Zeitpunkt seiner Einführung.

6. Eine geregelte Verschiebung wäre für kein Land ein Grund, in seinen Konsolidierungsanstrengungen nachzulassen. Denn damit würde es dokumentieren, dass es sich entweder das Ziel finanzpolitischer Disziplin nicht zu eigen macht oder gar nicht dazu in der Lage ist. Mit einem solchen Land die Währungsunion zu beginnen wäre ein Kardinalfehler.
7. Scheitert der Versuch, im Konsens eine geregelte Verschiebung zu erreichen, dann muss jedenfalls für eine unnachsichtige Prüfung der Konvergenz gesorgt werden. Dann darf nicht zum Tabu erklärt werden, dass die Währungsunion mit einer kleinen Gruppe von Ländern beginnt. Stattdessen müssen die Konvergenzkriterien auch im Sinne der Nachhaltigkeit so streng wie möglich ausgelegt werden – so streng, wie es der Vertrag erlaubt. Wer die Konvergenzkriterien nicht ernst nimmt, untergräbt das Vertrauen in die faktische Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank und die Stabilität des Euro. Die Erwartung eines von Anfang an schwachen Euro – nach innen wie nach außen – würde den Start der Währungsunion mit einer schweren Hypothek belasten.

## **The Euro starts too early**

Initiated by Prof. Wim Kösters, Prof. Manfred J. M. Neumann, Prof. Renate Ohr, Prof. Roland Vaubel

Signed by more than 160 professors of economics

Published in the Financial Times and The Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ):  
February, 9<sup>th</sup>, 1998

1. There is no alternative of European integration. The single currency will be part of it – at least for the core of Europe. However, the Euro comes too early.
2. The consolidation of public budgets has made progress. Nevertheless, it has not advanced enough, especially in large countries such as Italy, France and Germany. The process of consolidation started too late and halfheartedly. In spite of an unusually low level of interest rates, hence reduced costs of debt service, and in spite of numerous examples of creative accounting, the core countries have not succeeded in reducing deficits markedly and sustainably below the 3 per cent reference value. Moreover, the average debt ratio of the member states has not come down since 1991 but has risen by 15 percentage points. As a result, it now exceeds the 60 per cent reference value of the Maastricht treaty by a large margin. This is contrary to the spirit of the treaty.
3. The treaty rightly requires persistence of convergence. To ensure this the so-called “stability pact” has been invented. However, the pact cannot guarantee budgetary discipline. The threat of sanctions is credible, if at all, only if the deficit reference value is violated by one country or very few countries. Given that sanctions are not automatic, it is unlikely that a qualified majority will enforce the pact when a larger number of countries simultaneously violates the limit. The pact cannot ensure the stability of the Euro.
4. Since 1991 the structural problems of Europe have worsened. Unemployment has continued to rise. Notably Germany and France – the driving forces of European integration – are not well prepared to cope with the more rapid structural change and the stiffer competition in a monetary union. The Euro does not solve the unemployment problem of Europe. Given that the exchange rates are no longer available for adjustment, labour markets need to become much more flexible – in Germany as well as elsewhere. An unambiguous change of trend is missing in this respect. If such a trend change is not achieved before the start of monetary union, we will have to expect useless experiments of demand stimulation and above all political pressure on the European Central Bank.
5. The current state of economic affairs is most unsuitable for starting monetary union. An orderly postponement for a couple of years – supplemented by conditions on further progress with respect to budgetary consolidation – has to be seriously considered as a political option. Postponement must not be seen as a political catastrophe. No party can infer from it that the process of integration has come to an end. The persistent success of the Euro is more important than its starting date.
6. An orderly postponement would not be a reason for any country to reduce its efforts at consolidating public budgets. Reducing effort would be a signal that the country either does not make budgetary discipline an objective of its own or that it is unable to take the necessary action. It would be a fundamental error to start monetary union with such a country.

7. Should the attempt of reaching unanimous agreement on an orderly postponement fail, it will be of utmost importance to apply the convergence criteria without any indulgence. Then it must not be declared a taboo that the monetary union starts with a smaller group of countries. On the contrary, with regard to sustainability, the convergence criteria need to be applied as rigorously as possible – as strictly as the treaty permits. Governments who do not take the examination of convergence seriously, undermine the confidence in the actual independence of the European Central Bank and in the stability of the Euro. The start of monetary union would suffer from a heavy burden if the Euro is expected to be weak – inside and outside the monetary union.